

4 Düsseldorf 30, im Juli 1976
Jägerhofstraße 6
Fernruf (02 11) 4 49 22 40

Wirtschafts- und gesellschaftspolitische
Grundsatzfragen aus der Sicht eines sozial-
demokratischen Finanzministers

Übersicht

- I Parteigeschichtlicher Rückblick
- II Wirtschaftsgeschichtlicher Rückblick
- III Die Entwicklungsphasen der sozialen Marktwirtschaft
- IV Stabilität nur durch Veränderung
- V Die Jungsozialisten - Das Beispiel
- VI Auseinandersetzung mit der Kritik an der Bundes- und Landesregierung
 - 1. Staatsquote
 - 2. Konsolidierung der öffentlichen Finanzen
- VII Wirtschaftsförderung über die öffentlichen Haushalte
- VIII Die Mittelstandspolitik der Koalition
 - (1) Die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige
 - (2) Kartellgesetznovelle 1973
 - (3) Steuerliche Erleichterungen für den Mittelstand
 - (4) Berufsbildungsgesetz
- IX Der Ruf nach dem Staat
- X Der Mut des Bundeskanzlers

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Was bewegt einen Finanzminister, wenn er sich unter dem Bekenntnis, Sozialdemokrat zu sein, mit Ihnen, mit der jungen Garde deutschen Unternehmertums, zu einer Diskussion über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Grundsatzfragen zusammensetzt?

I. Parteigeschichtlicher Rückblick

Ein wenig Bedauern - ja sogar etwas Ärgernis, weil ein Großteil der Unternehmer der SPD und den von ihr mitgetragenen Regierungen in Bonn und Düsseldorf noch immer mit Reserve gegenüberstehen. Distanz also gegenüber einer Partei, deren Geschichte Sie wie die keiner anderen Partei über 113 Jahre zurückverfolgen können und die in Bund und in Nordrhein-Westfalen seit über 10 Jahren praktische Politik betreiben. - Was ich damit sagen will: es gibt also ausreichend Möglichkeiten, die praktische Politik dieser Partei daraufhin zu untersuchen, ob sie den Interessen der Wirtschaft zuwidergehandelt hat. Um es in Unternehmerdialekt zu sagen: Sie brauchen keine Katze im Sack zu kaufen, was die Grundziele dieser Partei angeht.

Daß Sie gelegentlich Einzelentscheidungen der praktischen Politik - auf die ich gleich zurückkomme - nicht

akzeptieren, bedarf keiner besonderen Betonung.

Es geht mir zunächst um die Grundposition.

Damit ich die Rubrik Selbstlob nicht zu sehr strapaziere, erlauben Sie mir dazu zwei Zitate aus Zeitungen, die - so global und fehlerhaft das immer sein mag - als rechts gelten:

1. Die Aachener Nachrichten vom 18.5.1976.

Dort heißt es:

Ob "oder" oder "statt". Die Gegenüberstellung von Freiheit und Sozialismus in dieser Form ist unzulässig.

Es ist unzulässig, auch nur den Versuch zu unternehmen, um wahltaktischer Vorteile willen eine Partei schlechtzumachen, die sich in ihrer Geschichte um die Freiheit mehr als alle anderen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland verdient gemacht hat und deren ganze Tradition dafür spricht, daß die Freiheit auch in Zukunft ihr höchstes politisches Ziel bleiben wird.

Richtungskämpfe hat die SPD immer erlebt. Aber wenn es um die "Wurst" ging, stand sie geschlossen. Wer zum Beispiel hat Anno 1933 die Freiheit zu retten versucht - allein auf weiter Flur?

Ein Glück für die SPD, daß sie sich nicht in der Rolle des linken CDU-Flügels befindet, der das Ahlener Programm immer noch für ein politisch gültiges Programm hält. Die SPD wäre anhand dieses Programms zur unbesserlich-totalitären Partei gestempelt worden.

2. Anlässlich des 100. Geburtstages der SPD in dem Jahre 1963 konnten Sie am 18.5.1963 in der FAZ - ganz gewiß eine Zeitung, die - mit Ausnahme der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel - die Politik der SPD/FDP mit zum Teil aggressiver Kritik begleitet - über die SPD lesen:

...am Grunde dieser Partei, da, woraus sie entstand und handelte, liegt ein großer Schatz an Anständigkeit, Friedensliebe, Humanität, Glaube an menschliche Würde und Sehnsucht nach Gerechtigkeit. Die Mitglieder dieser Partei legten für diese Gesinnung Zeugnis ab zu Zeiten, als andere deutsche Parteien von nationalistischem oder imperialistischem Ehrgeiz geplagt waren und bessere Ziele der Politik verleugneten.

Die Sozialdemokraten haben oft auf der besseren Seite gestanden, und nicht selten allein.

Sie waren die einzigen, die 1870/71 aus der Annexion des Elsaß und Lothringens nur Unheil kommen sahen, die einzigen, die vom Anfang des Ersten Weltkrieges an sich unbeirrt von zeitweiligen militärischen Erfolgen gegen jegliche Eroberungen wandten und an dem defensiven Charakter dieses Krieges, der für sie einzig möglichen Form des Krieges, festhielten.

Die als "vaterlandslose Gesellen", als "Reichsfeinde" verschrieenen Sozialdemokraten erwiesen sich als wahre Patrioten, wann immer das Land sie brauchte.

Sie weigerten sich nie, den Karren aus dem Dreck zu ziehen, den andere hineingestoßen hatten.

So sprang Ebert ein, als die deutsche Monarchie die Verantwortung für den verlorenen Krieg nicht tragen mochte, so halfen die Sozialdemokraten Stresemann, Deutschland aus der Sackgasse des Ruhrkampfes und der Inflation herauszuführen.

Während in der Krise des Weimarer Staates bürgerliche Wähler nach rechts davonliefen, blieben über sieben Millionen sozialdemokratischer Wähler, fast der ganze Stamm im Lager der Republik.

Die Stimme der Sozialdemokraten war die letzte in Deutschland, die der totalitären Diktatur noch nach ihrem Sieg von der Tribüne des Reichstages widersprach, während vor den Türen die SS-Leute Julius Leber und Carl Severing verhafteten.

Der Mut von Otto Wels, als das Ermächtigungsgesetz das letzte Parlament des Deutschen Reiches passierte, bleibt eine moralische Leistung.

Meine Herren, Geburtstagsglückwünsche fallen immer etwas freundlicher aus als Geschäftsbriefe. Deshalb nehme ich keinem von Ihnen übel, wenn er auch auf Grund dieses Glückwunsches der FAZ an die SPD nicht in die SPD eintritt - der Verfasser, Günther Gillessen, ist übrigens auch nicht beigetreten, - auch nicht sein FAZ-Kollege Dolf Sternberger, der zum gleichen Anlaß 1963 in einer großen Rede der SPD die Staatsfreundschaft attestierte.

Warum ich dies vorausschicke: Um Ihnen nahezubringen, daß diese Partei - die nicht nur älter ist als der Staat und die Verfassung, in und mit der wir heute leben, die nicht nur schon da war, als Bismarck seine Kriege geführt und das Reich von 1870 gegründet hat, die nicht nur die von ihr mitgeschaffene erste deutsche Republik, sondern sogar die totalen Verfolgungen durch das Nationalsozialistische sog.

Von Anfang

Aufbau der Bundes-
republik in Gemeinden,
Ländern und seit 10
Jahren im Bund in
Regierungsverantwortung
maßgeblich mitgewirkt
hat

3. Reich überstanden hat, die am staatlichen
daß diese Partei auch gegenüber jungen
Unternehmern einen Anspruch hat, daß
über ihre praktische Politik argumentativ
und nicht mit ideologischen Vorurteilen
emotional diskutiert wird.

Es darf zwischen den deutschen Unternehmern
und der deutschen Sozialdemokratie kein
Klima traditioneller Fremdheit geben.

Aber das Bedauern und Ärgernis, von dem
ich eingangs sprach, wird weitgehend
neutralisiert durch die erfreuliche
Aufgeschlossenheit, die Sie mit der
Einladung an mich und mit der Priorität
für ein offen parteipolitisch
akzentuiertes Thema zu erkennen gegeben
haben.

Ich danke Ihnen hierfür und füge
zugleich hinzu, daß Regierung und
Wirtschaft den Dialog mehr als je zuvor
brauchen.

II. Wirtschaftsgeschichtlicher Rückblick

Bevor wir uns - m.E. sollten wir es vorwiegend der Diskussion zuordnen - dem einen oder anderen Problemkreis der wirtschafts- und gesellschafts-politischen Fragen zuwenden

- sei es die Mitbestimmung, die Vermögensbildung, die Investitionslenkung, die Geldpolitik, die Steuerpolitik, die Internationalökonomie mit den großen Fragen der Weltwährung, der Energie- und Rohstoffprobleme, der Entwicklungsländer (wir haben den Vorwurf von den deutschen Elefanten in Konferenzladen von Nairobi noch in den Ohren), der Weltinflation und insbesondere der Arbeitsmarkt- und Gewerkschaftspolitik usw. usw. -

halte ich neben dem parteigeschichtlichen einen kurzen wirtschaftsgeschichtlichen Rückblick als Diskussionsbasis für erforderlich - wir werden sehen, wo sich diese beiden Historien begegnen, sich kreuzen, miteinander gehen.

Wenn von den Beziehungen zwischen freiem Unternehmertum und dem gesellschaftlichen Interesse die Rede ist, dann wird man sich an die

über 200 Jahre alte provokative These der Urväter der marktwirtschaftlichen Ordnungen erinnern: man brauche nur das Selbstinteresse privater Unternehmer frei walten zu lassen, um letzten Endes auch gesellschaftliche Wohlfahrt zu sichern.

In seiner ersten Jahresbotschaft 1801 meinte dementsprechend noch Thomas Jefferson, daß unsere Wohlfahrt am besten gedeiht, wenn der Unternehmungsgeist des Einzelnen sich so frei wie möglich entfalten kann.

Aber bereits vorher - 1759 hatte Adam Smith in seiner "Theorie der sittlichen Gefühle" (Theory of moral sentiments; 1759) die Tugend der Sympathie für den Mitmenschen gefordert, um das Selbstinteresse des Einzelnen in Richtung des sozialen Wohls zu leiten - und das lange bevor er den Wettbewerb als stimulierenden und alles regulierenden Mechanismus ^{entdeckte} ~~erfand~~. Der Wettbewerb wurde in der Folge

so etwas wie die Goldene Pforte für Fortschritt und Gerechtigkeit.

Für unsere Thematik ist es an dieser Stelle erlaubt, in der Historie einen großen Sprung zu tun, noch über Robert Ley hinweg; denn (so Robert Ley: Durchbruch der sozialen Ehre, Berlin 1935) "Der Führer spricht ohnehin nicht von Lohn- und Preispolitik, sondern von Seele, Rasse, Blut, Boden und Vaterland."

Wir wollen den Geschichtsfaden nach dem 2. Weltkrieg wieder aufnehmen - mit der sozialen Marktwirtschaft.

1947 hieß es (Zitat):

"Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist"

(nod Zitat)

den staatlichen und sozialen Lebensinteressen
des deutschen Volkes nicht gerecht geworden...

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.

Die Zeit vor 1933 hat zu große Zusammenballungen industrieller Unternehmungen gebracht. Diese bekamen dadurch einen monopolartigen Charakter. Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar. Wenn der Aktienbesitz der großen industriellen Unternehmungen, abgesehen von wenigen Ausnahmen, wie z.B. Krupp, auch stark gestreut war, so wurde doch die Zusammensetzung des Aufsichtsrats und Vorstandes infolge der Vertretung der zahlreichen Aktionäre durch wenige Banken von einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Personen bestimmt. Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und demzufolge eine zu große politische Macht.....

(noch fort)

Unternehmungen monopolartigen Charakters, Unternehmungen, die eine bestimmte Größe überschreiten müssen, verleihen eine wirtschaftliche und damit eine politische Macht, die die Freiheit im Staate gefährden kann. Dieser Gefahr muß dadurch vorgebeugt werden, daß entsprechende Kartellgesetze erlassen werden. Darüber hinaus soll bei diesen Unternehmungen das machterteilende Prinzip eingeführt werden, damit jede mit dem Gemeinwohl unverträgliche Beherrschung wesentlicher Wirtschaftszweige durch den Staat, Privatpersonen oder Gruppen ausgeschlossen wird. Zu diesem Zweck sollen öffentliche Körperschaften wie Staat, Land, Gemeinde, Gemeindeverbände, ferner Genossenschaften und die im Betrieb tätigen Arbeitnehmer an diesen Unternehmungen beteiligt werden; der dringend notwendigen Unternehmerinitiative ist der erforderliche Spielraum zu belassen.

Monopolartigen Charakter haben die Kohlenbergwerke schlechthin wegen des von ihnen geförderten, für das gesamte Volk lebenswichtigen Urprodukts sie sind somit

(noch titat)

zu vergesellschaften.

Wenn in besonderen Fällen die Form des Staatsbetriebes zweckmäßiger erscheint, so sollen die vorstehenden Grundsätze der Anwendung dieser Form nicht entgegenstehen.

Auch bei der eisenschaffenden Großindustrie ist der Weg der Vergesellschaftung zu beschreiten.

Das Genossenschaftswesen ist mit aller Kraft auszubauen

Die schon vor 1933 begonnene gesetzliche Kontrolle des Geld- und Bankwesens sowie des Versicherungswesens muß weiter ausgebaut werden.

In den Betrieben, in denen wegen ihrer Größe das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer nicht mehr auf einer persönlichen Grundlage beruht, ist ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an den grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung sicherzustellen. Dies muß zunächst dadurch geschehen, daß die Arbeitnehmer des Betriebes in den Aufsichtsorganen, z.B. im

(noch bitat)

Aufsichtsrat des Unternehmens, die ihnen zustehende Vertretung haben. Zu diesem Zweck bedarf es einer Reform des Gesellschaftsrechts. Insbesondere ist dem Aufsichtsrat eine stärkere Stellung gegenüber der Verwaltung zu verleihen.

Bei Großbetrieben mit mehrköpfigem Vorstand sollte Betriebsangehörigen, die in langjähriger Betriebszugehörigkeit sich um den Betrieb verdient gemacht haben, Mitwirkung in der Leitung des Unternehmens durch Berufung in den Vorstand gewährt werden.....

Planung und Lenkung der Wirtschaft wird auf lange Zeit hinaus in erheblichem Umfange notwendig sein Planung und Lenkung wird auch in normalen Zeiten der Wirtschaft in gewissem Umfange notwendig sein, was sich aus unserer Auffassung ergibt, daß die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat. Diese Planungs- und Lenkungsaufgaben sollen von Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft in Wirtschaftskammern vorgenommen werden.

Bei allen Reformen der deutschen Wirtschaft,

mag es sich um Bodenreform, Neuaufbau der industriellen Wirtschaft oder Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Betrieb handeln, ist das erste und vornehmste Ziel das Wohl des gesamten Volkes.

(Zitatende)

Dieses Zitat stammt aus dem Ahlener Programm der CDU, das Konrad Adenauer am 14./15. August 1947 auf dem Parteitag der CDU der Britischen Zone als einen "Markstein in der Geschichte des deutschen Wirtschafts- und Soziallebens" bezeichnet hat.

Und Norbert Blüm hat in seinem lesenswerten Buch "Reaktion oder Reform" - wohin geht die CDU? (rororo-aktuell Bd. 1503) 1972 geschrieben: "Wer das Ahlener Programm als einmalige Sozialwallung der jungen CDU abtun will, muß schon Geschichtsklitterung begehen."

Ich möchte dieses Zitat zunächst nur als Teil des historischen Abrisses, mit dem wir uns zur Zeit beschäftigen, verstanden wissen. - Und die Länge des Zitats sollte dem Vorwurf vorbeugen, etwas aus dem Zusammenhang gerissen zu haben.

III. Die Entwicklungsphasen der sozialen Marktwirtschaft

Die Phasenbeschreibung der sozialen Marktwirtschaft hat damit ein ideologisches Muster als Hintergrund, der für das Verständnis nützlich sein kann.

1. Phase

Mit "Wohlstand für alle" begann die erste Phase der Marktwirtschaft - ich hoffe, daß sich einige von Ihnen an diesen Slogan erinnern.

In dieser Aufbauphase gab es einen ungeheuren Nachholbedarf an Gütern aller Art. Das ausschließliche Ziel hieß: Steigerung der Produktion. Das war kein Wirtschaftswunder; das waren Schweiß und Überstunden von Unternehmern und Arbeitnehmern.

Die besondere Funktionstüchtigkeit der freien Marktwirtschaft in dieser ersten Phase bis Ende der fünfziger Jahre lag darin, daß sich das Individual

und Gesamtinteresse deckte; der Marktmechanismus sorgte dafür, daß der Einzelne gerade dann im allgemeinen Interesse handelt, wenn er seine eigenen egoistischen Gewinnziele verfolgte.

(2. Phase)

Das wurde anders, als Wohlstand und Selbstzufriedenheit in Begehrlichkeit ausuferten. Maßhalteappelle sollten schleichender Inflation und der Versuchung entgegenwirken, über die eigenen Verhältnisse zu leben. Der Erfolg blieb aus. Das Einzel- und das Allgemeininteresse deckten sich nicht mehr.

Die Große Koalition verabschiedete 1967 das sog. Stabilitätsgesetz; die Marktwirtschaft konnte nach der Einsicht aller nicht mehr frei schalten und walten. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung war schon in der ersten Phase der Marktwirtschaft notwendig gewesen. Jetzt sollte die Marktwirtschaft indirekt, global gesteuert werden. Das magische Viereck - Preisstabilität,

Vollbeschäftigung, außerwirtschaftliches Gleichgewicht, angemessenes und stetiges Wachstum - sollte im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung durch staatliche Eingriffe erreicht und gesichert werden. Die Begriffe Zins- und Steuerpolitik, Konzertierte Aktion, Konjunkturprogramme, erläutern dies hinreichend. Die soziale Marktwirtschaft wurde in den 60er Jahren - in ihrer zweiten Phase - nicht mehr nur als Errungenschaft, sondern als Problem empfunden.

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen war schon in der ersten Phase der Marktwirtschaft notwendig gewesen; es stellte sich jetzt zunehmend als ergänzungsbedürftig heraus. Seine Novellierung konnte jedoch erst 1973 durchgesetzt werden.

Schon Ende der 50er Jahre wurde das Spannungsfeld zwischen dem Attribut "sozial" und dem Hauptwort "Markt" in der aufkommenden Kohlenkrise deutlich. Um Mißverständnissen vorzubeugen: damals überschwemmte uns das Öl - die teurere Kohle verlor den Konkurrenzkampf.

Der Bund und das Land NW stemmten sich gegen die Gesetze der Marktwirtschaft und zahlten Hunderte von Millionen für die Erhaltung des Kohlenbergbaus. (Das Land NW hat für den Steinkohlenbergbau im Rahmen seines Drittelanteils - 2/3 zahlt der Bund - in den letzten 10 Jahren 3,9 Milliarden DM aufgewendet, ohne dafür im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs von den übrigen Ländern eine Entschädigung zu erhalten.)

Die Marktwirtschaft verlor in dieser 2. Phase einige der für ihr reibungsloses Funktionieren wesentlicher Voraussetzungen:

Die internationale Währungsordnung wurde durch eine unkontrollierte Geldmengenvermehrung zerstört. Mit dem Ende der Goldbindung, der Aushöhlung der Vereinbarungen von Bretton Woods, verlor die Marktwirtschaft die Preisstabilität.

Außerdem traten neue Probleme zutage, die die Marktwirtschaft nicht lösen kann: eine ausgeglichene Entwicklung der Infrastruktur war vom marktwirtschaftlichen System allein nicht zu erwarten. Probleme des Umweltschutzes - reine Luft und sauberes Wasser - Probleme der sinnvollen Rohstoffausbeute - traten hinzu; die Marktwirtschaft liefert diese Art der Lebensqualität nicht.

(3. Phase)

In der dritten Phase der sozialen Marktwirtschaft, in der wir uns seit Beginn der siebziger Jahre befinden, sind die Probleme noch größer geworden: weltweite Beschleunigung der inflationären Entwicklung, weltweite Rezession, der Ölschock von Oktober 1973 mit der Folge der Vervierfachung der Ölpreise, die ungeahnte Verteuerung der ^{anderen} Rohstoffpreise.

Das bestehende System unserer weltwirtschaftlichen Ordnung muß auf der Basis verstärkter internationaler Zusammenarbeit aller Länder - ob Industrieländer, Ölländer, Entwicklungsländer - verbessert werden. Der Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte wird uns einen Teil unseres Wohlstandszuwachses wert sein müssen.

Sie haben längst erkannt, was ich mit diesem historischen Rückblick verfolgt habe:

IV. Stabilität nur durch Veränderung

Zu zeigen, daß es in der Industriegesellschaft Stabilität nur im Wandel geben kann, nicht im Beharren. Die Männer der 1. Phase wären mit ihrem Instrumentenkasten in der 3. Phase gescheitert.

Es ist von Übel, daß die heutige Wirtschaftsordnung der "Sozialen Marktwirtschaft" eine derartige ideologische Überhöhung erfahren hat, daß schon die Feststellung von Schwächen in der Wirtschaftsstruktur oder gar im Wirtschaftssystem gerade aus dem Bereich der Unternehmer heftige Angriffe auslösen - wenngleich das Wissen um die Notwendigkeit von Veränderungen, von vorausschauendem Planen, von Anpassungen an neue Entwicklungen ganz typische Eigenschaften sind, die das Wesen eines Unternehmers ausmachen - es sei denn -, ich müßte mein bisheriges Bild vom dynamischen Unternehmer Schumpeterscher Interpretation revidieren, dessen

Hauptfunktion darin besteht, "die Produktionsstruktur zu reformieren oder zu revolutionieren" und "Dinge in Gang zu setzen".

"Die Klagen, die man vielfach hört, passen einfach nicht zum Unternehmer, der sich allen Veränderungen in der Wirtschaft anpassen muß und - das ist nun einmal seine Bestimmung - das Risiko trägt" - diesem Satz, den der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags schon 1971 an seine Unternehmerkollegen richtete, stimme ich zu.

Oder wie Schumpeter es ausgedrückt hat: "Zuversichtlich außerhalb der vertrauten Fahrinne zu navigieren verlangt Fähigkeiten, die nur in einem kleinen Teil der Bevölkerung vorhanden sind und die sowohl den Unternehmertyp wie auch die Unternehmerfunktion ausmachen".

Von einem solchen Unternehmer - und nur einem solchen akzeptiere ich - kann ich

die Einsicht verlangen, daß wir, die wir heute in Bund und Land Regierungsverantwortung tragen, die Bundesrepublik nicht umkrepeln wollen, daß wir keine andere Republik wollen.

Und Sie dürfen von einem sozialdemokratischen Mitglied der Landesregierung auch erwarten, daß er sich zu diesen Fragen nicht auf seine persönliche Meinung zurückzieht, um eine irgendwie anders gerichtete Parteimeinung zu überdecken. Dieser Zwiespalt wird zwar von den öffentlichen Medien immer wieder konstruiert. Das liegt einfach daran, daß die Medien - einem sozialpsychologischen Gesetz folgend - den Außenseitern stets mehr Gehör schenken und ihre Bedeutung daher überschätzt wird.

"Das System der Marktwirtschaft ist nicht eine Ordnung, die für alle Zeiten und unter allen Bedingungen der Garant der Freiheit für die Bürger und die denkbar beste Organisationsform zur Befriedigung der ökonomischen und sozialen Bedürfnisse der Menschen sein muß.

Aber: Die Marktwirtschaft erfüllt heute
- und für die für mich überhaupt
absehbare Zukunft - besser ihre gesell-
schaftlichen und sozialen Aufgaben als
alle anderen vergleichbaren Systeme" - das
hat unser heutiger Bundeskanzler gesagt
und dem muß jeder auf Glaubwürdigkeit
bedachte Politiker zustimmen.

Von den Sozialdemokraten, die in Bund und
Land Regierungsverantwortung tragen,
werden Sie - ohne Ausnahme - den
barbarischen Unsinn über ein mit
Ministerialräten bestücktes Bundesamt
für Investitionslenkung nicht hören.
Bitte trauen Sie dem Integrationsvermögen
dieser traditionsreichen demokratischen
Partei zu, sich einiger absurder
Strömungen zu erwehren.

Wenn uns das bisher nicht gelungen wäre,
hätte ich nicht auf diese 113jährige
Geschichte der Sozialdemokraten in
Deutschland verweisen können. Beantworten
Sie sich bitte die Frage - das braucht

nicht hier und heute zu geschehen -,
warum denn alle die Parteien, Parteiungen,
Kampfverbände usw., denen Sie im
Geschichtsunterricht begegnet sind, ihre
Taufnamen ein- oder mehrmals verloren
haben.

V. Die Jungsozialisten

Und ich stelle mich ohne Zögern Ihrer Frage: "Aber was ist denn mit den Jusos? Wollen die denn nicht ein völlig anderes Wirtschaftssystem?"

Ich beantworte sie Ihnen gern.

Es hat Ergüsse einiger solidaritätsfeindlicher Profilneurotiker unter den Jusos gegeben, die das Godesberger Programm als ein "Bündnisangebot an das Großkapital mit Resten sozialistischer Programmatik" diskreditiert haben.

Aber das bedeutet doch nicht, daß die Auffassungen kleiner Minderheiten in einer großen Partei plötzlich zu Mehrheitsentscheidungen würden oder gar unserem Wirtschaftssystem auf kaltem Wege aufgepfropft werden könnten. Das sind abenteuerliche Vorstellungen, die auf erfahrene Menschen keinen Eindruck machen dürften.

Über die törichte Forderung z.B., das monatliche Einkommen auf maximal 5.000 DM zu begrenzen, ist der Mannheimer Parteitag der SPD zur Tagesordnung übergegangen.

Und die Ergüsse einiger Jusos auf ihrem Solinger Parteitag vor wenigen Wochen, hat der Bundeskanzler auf dem Bundesparteitag der SPD in Dortmund als verstaubte Ladenhüter beiseitegeschoben. Mehr kann ein Jusokritiker nicht erwarten.

Es handelt sich im übrigen um ein Generationsproblem - was keine Verniedlichung des Themas bedeuten soll. Das folgende Zitat - aus einem Brief, den Friedrich Engels 1890 an einen Freund geschrieben hat - belegt die Ernsthaftigkeit dieses Arguments:

"Einer der größten Dienste, die uns das Sozialistengesetz tat, war, uns von der Zudringlichkeit des sozialistisch angehauchten deutschen Studiosus zu befreien. Wir sind jetzt stark genug, auch den deutschen Studiosus verdauen zu können, der

sich wieder sehr breitmacht. Sie müssen selbst bemerkt haben, wie wenige von den jungen Literaten, die sich an die Partei hängen, sich die Mühe geben, Ökonomie, Geschichte der Ökonomie, Geschichte des Handels, der Industrie, des Ackerbaues, der Gesellschaftsformationen, zu treiben. - Wie viele kennen vom Maurer mehr als den Namen!"

Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Politik ist nun einmal, wie der Soziologe Max Weber 1919 vor Studenten der Universität München formuliert hat, ein langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Der Glaube, bloß wollen zu müssen, ist eben ein Vorzug der Jugend.

Aber der lange Weg, ja der endlose Weg der Reformen, kann nicht mit Kunstgriffen verkürzt werden. Nichts ist ein- für allemal regelbar. Ständige Anpassung, Verbesserung und Erneuerung muß die Regel sein.

Aber selbst unter diesen strengen Vorgaben sage ich auch, daß sich die junge Generation in der Sozialdemokratischen Partei verdient gemacht hat. Die Diskussion mit der kritischen Jugend hat oft genug die ausschließlichen Pragmatiker daran gehindert, sich dem "warum" zu entziehen.

Auch August Bebel hat seinen Ärger mit den Jusos gehabt. Als diese 1890 forderten, der Kampf habe der Beseitigung des Klassenstaates, nicht aber der Verbilligung des Schweineschmalzes zu gelten, hat er ihnen geantwortet, daß das Vertrauen der Arbeiter durch praktische Politik, auch durch kleine Erfolge zu erzielen und zu sichern sei, nicht durch tatenloses Warten auf das angeblich mit Naturgesetzlichkeit nahende friedliche, gerechte goldene Zeitalter.

Lassen Sie mich Ihnen eine aktuelle politische Situation beschreiben, die auch andere als Jungsozialisten nachdenklich gemacht haben - auch wenn es

den Jusos vorbehalten war, sogleich wieder an Bankenverstaatlichung zu denken.

Das Beispiel

Es war richtig und notwendig, daß sich die öffentlichen Hände angesichts der weltwirtschaftlichen Gesamtentwicklung verschuldet haben, um zusätzliche Nachfrage auf dem Binnenmarkt zu schaffen; denn die Nach-Brüning'schen Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaften verlangen, daß der Staat durch drastische Sparmaßnahmen die Rezession in ungeahntem Umfang nur noch verschlimmert.

Die öffentliche Hand hat deshalb seit 1974 durch öffentliche Investitionsprogramme, durch Investitionshilfen für die Wirtschaft und massive Steuererleichterungen für breite Verbraucherschichten von zusammen fast 35 Milliarden DM die Voraussetzungen für den neuen Aufschwung geschaffen.

Die Differenz zu dem höheren Gesamt-
kreditbedarf der öffentlichen Haushalte
(1975: 62 Mrd. DM, 1976: 60 Mrd. DM)
beruht, soweit sie über die übliche
Kreditfinanzierung hinausgeht, auf
konjunkturbedingten Mindereinnahmen
und dem naturgemäß enorm gestiegenen
Schuldendienst.

Und dieser letztere steht in einem di-
rekten Zusammenhang mit der Frage:
"Haben die Banken an der Rezession
klotzig verdient?" - Mit dieser Frage
überschrieb der Wirtschaftsjournalist
Dertinger in der "WELT" vom 4. Februar
1976 seinen Artikel, in dem es u. a.
heißt:

"Denn in diesem Rezessionsjahr
(1975) haben die Banken Zinsüber-
schüsse erwirtschaftet, die noch
erheblich höher waren als 1974,
obwohl das Zinsgeschäft in jenem
Jahr schon so exzellent gewesen
ist, daß viele Bankiers es als
einmalig qualifizierten ..."

"... und insgesamt bestand im
Kreditgewerbe wohl, was die Bankiers
natürlich nicht zugeben werden, so
eine Art stilles Einvernehmen

darüber, daß eine forcierte
Kreditzinssenkung nur auf die
Erträge der Branche drückt."

Unser derzeitiges wirtschafts- und
finanzpolitisches System stellt also
sicher, daß die Banken in den Jahren
der schwersten Rezession die größten
Gewinne aller Zeiten verbuchen - in
einer Zeit also,

da andere Unternehmen untergehen oder
ein Ertragstief haben,

da die Bundesanstalt für Arbeit und der
Bundeshaushalt unter den Milliarden
für das Arbeitslosengeld stöhnen
bzw.

da in unserem Land eine Million Arbeit-
nehmer ohne Arbeit sind und

da die öffentlichen Haushalte insgesamt
Gewaltanstrengungen unternehmen, um
die Milliarden an Zins- und Tilgungs-
leistungen zu erbringen.

Wen wundert es, daß angesichts dieser
goldenen Nasen der Banken Stimmen laut
werden, die dafür plädieren, derartige

konjunkturbedingten staatlichen Defizite nicht durch marktwirtschaftlich orientierte Kreditaufnahme, sondern durch zinslose Kredite der Bundesbank zu decken.

In der Tat scheinen die Vorteile einer solchen Finanzierung auf den ersten Blick sowohl für den Finanzminister als auch für den Wirtschaftsminister verlockend:

1. dadurch, daß die Mittel von der Bundesbank zinslos zur Verfügung gestellt werden, bleibt die Disponibilität der öffentlichen Haushalte erhalten;
2. eine konjunkturgerechte Tilgung erfolgt in den Jahren der Hochkonjunktur, wenn die Steuereinnahmen wieder reichlicher fließen;
3. die staatlichen Kreditaufnahmen induzieren in der konjunkturellen Umschwungphase keine zinstreibenden Effekte und gefährden somit den Konjunkturaufschwung nicht;

4. preistreibende Effekte sind nicht zu befürchten, da die Bundesbankmittel nur zur Rezessionsbekämpfung zur Verfügung gestellt werden und somit die durch die Geldschöpfung finanzierte Staatsnachfrage auf nicht genutzte Produktionskapazitäten trifft.

Alles in allem: Erst durch die Geldschöpfung kann die Politik des "deficit spending" ihre volle konjunkturpolitische Wirkungsbreite entfalten.

"Finanzierung und Geldschöpfung" - so resümiert deshalb Professor Borchert im Wirtschaftsdienst, Heft 12/1975, des Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg -

"ist also ökonomisch rational und der bisherigen Praxis, staatliche Defizite aus Ersparnissen zu finanzieren, bei weitem überlegen. Es muß allerdings vorausgesetzt werden, daß sie nur zur Rezessionsbekämpfung durchgeführt wird und der Staat zur konjunkturgerechten Tilgung verpflichtet werden kann, so daß eine langfristige Haushaltsfinanzierung durch Geldschöpfung ausgeschlossen bleibt."

Werde ich einem Jungsozialisten die Frage erlauben müssen, ob es richtig war, ihm im ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen 1975 - 1985 der SPD vorzuschreiben, daß die Probleme im Bankwesen auch ohne Verstaatlichung lösbar sind?

Welche Antwort würden Sie ihm, welche Antwort würden Sie den Finanzwissenschaftlern geben, die die Rezessionsfinanzierung des Staates durch Geldschöpfung favorisieren?

Ich habe meine Antwort bereits mehrmals öffentlich gegeben, und ich werde es bei jeder sich bietenden Gelegenheit wiederholen.

Es gibt keine Gewähr, daß die Tilgung dieser Rezessionskredite auch konjunkturgerecht erfolgte. Deswegen - ich habe nichts dagegen, wenn Sie sagen "nur" deswegen - bin ich diesen Überlegungen stets entgegengetreten.

Ich halte die Politiker und die sie treibenden Kräfte auf die Dauer nicht

für stark genug, beliebigen Ansprüchen zu widerstehen, so daß die Rückzahlungsmöglichkeit nicht gesichert ist.

Auch für den Staatskredit, auch für den in Rezessionsjahren defizitpendenden Staatskredit bleiben die Gesetze des Wettbewerbs am Geldmarkt, bleiben Zins- und Tilgungsverpflichtungen unverzichtbare Korrekturlement. Ich halte sie - meinetwegen "leider" - für intelligenter als die jeweiligen politischen Mehrheiten.

Es ist also ein durchaus selbstkritisches Argument, was mich hier zum entschiedenen Widerspruch bringt - nicht Rücksicht auf die Ertragssituation der Banken. Deren Ansehen hätte ein wenig mehr Solidarität im gesamtwirtschaftlichen Interesse sicher besser zu Gesicht gestanden.

Oder ein anderes Beispiel, womit ein alter Pragmatiker wie ich um etwas Verständnis für den aufmüpfigen, manchmal sehr lästigen jugendlichen Parteienachwuchs wirbt:

Wenn die Jusos auf ihrem Solinger Parteitag fordern, Arbeitsplätze durch Verminderung der Arbeitskräfte zu schaffen - nämlich durch weniger Arbeitszeit, Herabsetzung des Pensionsalters, mehr Bildungsurlaub - dann werden Sie in der FAZ vom 14. Juni 1976 diese Überlegung also Salto mortale qualifiziert finden - ich neige auch zu diesem Urteil. In der gleichen Ausgabe der FAZ ist aber auch zu lesen:

"Wenn die vorhandene Nachfrage nach Arbeit mit dem Angebot in Übereinstimmung gebracht werden soll, müsse das "knappe Gut Arbeit" auf alle verteilt werden. Arbeitslosigkeit sei mehr als ein materieller Mangel. Der Landesvorsitzende der Sozialausschüsse der CDU Rheinland-Pfalz Blüm sprach sich (deshalb) aus: für eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, eine Verlängerung des Urlaubs, die Vorverlegung des Rentenalters und eine Erweiterung der Bildungszeit."

Ich überlasse Ihnen die Beurteilung dieser zweierlei Maßstäbe.

VI. Auseinandersetzung mit der Kritik an der Bundes- und Landesregierung

Nun will ich nicht den Eindruck aufkommen lassen, daß es nur Auseinandersetzungen mit den - zugegeben zum Teil abstrusen - Vorstellungen der Jungsozialisten gäbe.

Ich will deshalb einige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Grundsatzfragen zu beantworten versuchen, zu denen in der Bundesrepublik durchaus gegensätzliche Positionen bezogen werden - naturgemäß in der Regel zwischen den regierenden und den opponierenden Parteien.

1. Staatsquote

Die Erhöhung der Staatsquote zeige, daß die öffentlichen Ausgaben aus dem Ruder gelaufen seien; in der Entwicklung des Staatsanteils am BSP von 37,5 % im Jahre 1970 auf 47,5 % in 1975 werde der Weg in die sozialistisch-kollektivistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erkennbar.

Meine Damen und Herren, wer das behauptet,
ist ein Scharlatan.

Exkurs

Beim sog. Staatsanteil handelt es sich um eine Meßzahl, die die Ausgaben des Staates oder einzelner staatlicher Bereiche zum nominalen Bruttosozialprodukt in Beziehung setzt.

Im Jahr 1975 haben die Ausgaben des staatlichen Sektors, das sind die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung, zusammengenommen etwa 500 Milliarden DM betragen. Das nominale BSP 1975 erreichte einen Betrag von rd. 1.040 Mia DM. Hieraus ergibt sich der erwähnte Anteilsatz von 47,5 %, die sog. Staatsquote oder der sog. öffentliche Korridor.

Oft wird ein Staatsanteil, hier also die 47,5 % so interpretiert, als beanspruche der Staat fast die Hälfte des Bruttosozialprodukts, einer Größe, die die Gesamtheit aller zur Verfügung gestellten und nachgefragten Güter und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft bezeichnet. Das ist ein Fehlschluß; denn der staatliche Sektor macht Endnachfrage ausschließlich in Höhe des Staatsverbrauchs und der öffentlichen Investitionen geltend. Das sind zusammengenommen rd. ein Viertel des Bruttosozialprodukts; denn über den Staatsverbrauch und die öffentlichen Investitionen hinaus leistet der staatliche Sektor Ausgaben im Bereich der sog. Transferleistungen, wodurch er andere Sektoren der Volkswirtschaft (private Haushalte, Unternehmen, Ausland) in die Lage versetzt, ihrerseits Endnachfrage geltend zu machen. Der Umverteilungsprozeß

über Transferzahlungen steht zwar in staatlicher Verantwortung; jedoch - um ein Beispiel zu nehmen - ist der über Rentenzahlungen ermöglichte private Konsum den privaten Haushalten bezüglich der Endnachfrage, nicht aber dem staatlichen Sektor zuzurechnen.

Wer also behauptet, die Erhöhung der Staatsquote 1975 auf 47,5 % sei Ausfluß der aus dem Ruder gelaufenen öffentlichen Ausgaben, oder es steckten gar heimliche umstürzlerische Absichten dahinter, der gehört in die Kategorie derjenigen, die die Freiheit in einen Gegensatz zur Sozialdemokratie bringen.

Der verschweigt nämlich folgendes:

- a) daß 4 %-Punkte von der Erhöhung der Staatsquote 1975 auf das konjunkturbedingt niedrigere Bruttosozialprodukt zurückgehen.

Wie stark der Staatsanteil 1975 allein von der konjunkturbedingt niedrigen Zunahme des Bruttosozialprodukts beeinflusst wurde, zeigt ein Vergleich

zwischen der Höhe des erwarteten und der Höhe des bei Normalauslastung des Produktionspotentials möglichen Brutto-sozialprodukts. Bei Normalauslastung wäre damit zu rechnen, daß das Brutto-sozialprodukt um rund 100 Milliarden DM höher ausfällt als tatsächlich erwartet. Ein um 100 Milliarden höheres Brutto-sozialprodukt hätte jedoch zu einer um 4 %-Punkte niedrigeren Staatsquote geführt. Diese 4 %-Punkte haben also mit einer Änderung des staatlichen Ausgabenverhaltens überhaupt nichts zu tun; sie sind rein konjunkturell bedingt.

- b) 1 %-Punkt resultiert aus konjunktur-
bedingten^{Mehr-}Ausgaben.

Im Staatsanteil schlagen sich auch kon-
junkturbedingte^{Mehr-}Ausgaben nieder. Im
Jahre 1975 leisteten die Gebietskörper-
schaften und Sozialversicherungsträger,
insbesondere die Bundesanstalt für
Arbeit, zusammen etwa 12 1/2 Milliarden
an Ausgaben, die konjunkturbedingt

waren (Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, Ausgabenprogramme der öffentlichen Hand). Bei konjunktureller Normallage wären diese Ausgaben weder angefallen noch erforderlich geworden; es hätte sich vielmehr ein Ausgabenanteil am Bruttosozialprodukt ergeben, der nochmals um einen Prozentpunkt niedriger ausgefallen wäre.

c) 1 1/2 %-Punkte steigt der Staatsanteil durch die Kindergeldreform.

Die Umstellung von bislang gewährten Steuerfreibeträgen für Kinder auf Kindergeldzahlungen schlägt sich im Staatsanteil nieder; was bisher durch geringere Steuereinnahmen geregelt war, wird nunmehr über zwar höhere Steuerzahlungen, jedoch gleichzeitig über noch höhere Auszahlungen in Form von Kindergeldleistungen bewirkt. Natürlich kommen zu diesem lediglich buchmäßigen Effekt der Kindergeldreform auch die Leistungsverbesserungen im Rahmen dieser Kindergeldreform. Beides zusammen bewirkt eine Erhöhung des Staatsanteils um 1 1/2 %-Punkte.

Damit sind die 47,5 % Staatsanteil um 6,5 %-Punkte ($4 + 1 + 1,5 = 6,5$) reduziert, d. h. auf 1 %-Punkt über dem Anteil von 1973. Das heißt: die Nach-Brüning'sche antizyklische Finanzpolitik führt dazu, daß sich die Staatsquote aperiodisch zum Konjunkturverlauf verhält: sie steigt in Rezessionsjahren und sie sinkt in konjunkturstarke Jahren.

Im übrigen soll keineswegs verschwiegen werden, daß eine gewisse Tendenz zur Ausweitung des Staatsanteils vorhanden ist, nicht erst seit 10 Jahren, sondern bereits seit der Jahrhundertwende.

Wer die Ausweitung des Staatsanteils nicht will, der dürfte auch die Gesetze des sozialen Netzes nicht mit beschließen.

Aber die CDU hat kaum einem sozialpolitischen Gesetz nicht zugestimmt.

Zwischenbemerkung:

Das macht im übrigen die Sache mit der Parole "Freiheit oder Sozialismus" so gespenstisch. Diese ideologische Polarisierung ist keineswegs das Ergebnis einer

Polarisierung in der praktischen Politik. In keinem Parlament wurde weniger um Alternativen gerungen als im 7. Deutschen Bundestag; im Parlament sind die meisten Gesetze schließlich einstimmig verabschiedet worden.

Aber die Opposition im Deutschen Bundestag hat nicht nur fast alle sozialpolitischen Gesetzen zugestimmt, wie z. B.

- Einführung der flexiblen Altersgrenze,
- Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung der Angestellten,
- Wegfall der Aussteuerung bei Krankenhauspflege,
- Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige,
- Krankenausfallgeld für Arbeitnehmer,
- Krankenversicherung der Landwirte,
- Unfallversicherung der Schüler/Studenten,
- Lohnfortzahlungsgesetz (große Koalition),
- Bundesausbildungsförderungsgesetz,
- 3. Vermögensbildungsgesetz.

Sie hat darüber hinaus Anträge und Gesetzesvorhaben eingebracht, die bis 1989 zu

Leistungsverbesserungen in der Rentenversicherung von rund 87 Milliarden DM geführt hätten, wenn die Koalition diese Wunschliste akzeptiert hätte. (BT-Protokoll vom 20.2.76, S. 15677).

Dazu einige Beispiele; denn es wird gewiß einige unter Ihnen geben, die dieser Vorhaltung nachgehen möchten.

a) Zuverdienst neben der flexiblen Altersgrenze

Walter Arendt am 20. Februar 1976
vor dem Bundestag:

"Dieser andere Punkt ist der des Zuverdienstes neben dem flexiblen Altersruhegeld. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, hatten 1972 durchgesetzt, daß der Zuverdienst zum flexiblen Altersruhegeld unbeschränkt sein sollte. Das hieße praktisch: zwei volle Einkommen. Wer wäre diesem Lockruf nicht gefolgt? Wir haben in der Vergangenheit oft genug darüber geredet. Was hätte das bedeutet? Das hätte bedeutet, daß mancher Arbeitsplatz einem Arbeitslosen vorenthalten worden wäre, und dieser Arbeitsplatz wäre dann noch mit einem

Rentner besetzt gewesen, der zwei volle Einkommen gehabt hätte. Was würde man einem solchen Arbeitslosen antworten, meine Damen und Herren, wenn er fragte, ob das gerechtfertigt sei?

Die Antwort müßte Ihnen doch schwerfallen, meine Damen und Herren."

Die Koalition hat sogleich nach der gewonnenen Wahl im Herbst 1972 die Nebenverdienstmöglichkeiten begrenzt.

(Im Jahr 1976 dürfen monatlich höchstens 930 DM hinzuverdient werden bzw. es darf nur 3 Monate - ohne Höchstbegrenzung - verdient werden).

Die Ausgestaltung der flexiblen Altersgrenze nach den Vorstellungen der CDU hätte bis 1989 (in der 15-Jahresrechnung über Rentenfinanzierung) 30 Milliarden DM gekostet.

- b) Vorziehen der jährlichen Rentenerhöhung um 1/2 Jahr.

Die CDU hat - gegen die Stimmen der Koalition - 1972 die jährliche Erhöhung der Renten um 1/2 Jahr vorgezogen. Das kostete

in 1972

bereits 2,3 Milliarden DM mehr,
und wird in 1980
aberwitzige 8,0 Milliarden DM
mehr kosten.

In der 15-Jahres-Rechnung für die
Rentenversicherung schlägt diese
CDU-Entscheidung mit 100 bis 130
Milliarden zu Buche.

- c) Leistungsverbesserungen für Kriegs-
opfer und Kriegsgefangene
(lt. CDU/CSU Gesetzentwurf 7/637).

Kosten bis 1989: mehr als 6 Mrd. DM

- d) Änderung der Renten-Niveausiche-
runsklausel

Kosten bis 1989: 2,8 Mrd. DM

(Bundesratsentwurf: Kosten 1974 bis
1976: über 4 Milliarden DM.)

- e) Änderung der Kinderzulage, Kinder-
zuschuß und Waisenrente in der
Unfall- und Rentenversicherung

Kosten bis 1989: 1,5 Milliarden DM

Diese Dinge bitte ich nicht zu vergessen, wenn das soziale Netz der Bundesrepublik als "schier bodenloser Sozialtopf" denunziert wird.

Lassen Sie es mich in noch provokantiverer Form sagen: Wenn die Wirtschaft verspätet - also erst in der Rezession - eine Million Arbeitsplätze auf Dauer wegrationalisiert und diese eine Million dann bei Herrn Stingl und Herrn Apel abgeliefert, dann sollte sich die Regierung nicht auch noch die durch das Arbeitslosengeld eintretende Erhöhung des Staatsanteils vorwerfen lassen müssen - eine Dankadresse für die sozusagen reibungslose Abwicklung dieses marktwirtschaftlichen Fehltritts mit Staatshilfe wäre hier angezeigt.

Meine Damen und Herren, ich halte es im Übrigen für unangemessen, die soziale Sicherung von Millionen von Menschen - auch von Unternehmern und angestelltem Management - ausschließlich unter dem Staatsquotenaspekt zu bewerten oder

und die Tatsache, daß einige oder auch mehrere die Möglichkeiten dieses solidarisches Einsetzens für die Mitmenschen schamlos ausnutzen, ist für mich kein Anlag, das soziale Netz prinzipiell in Frage zu stellen.

überstanden haben. zäsur der vergangenen Jahre relativ gut daß wir die welthistorische Wirtschaftserfolg dieser Politik der Solidarität, Ich gehe soweit zu behaupten: es ist ein und politische Stabilität unseres Landes. und gewährleistet die gesellschaftliche Not; sie ermöglicht den sozialen Frieden der Mitmenschen befreit von Furcht, von um die Geborgenheit, um die Solidarität Erst diese soziale Sicherung, das Wissen

in Dortmund gebraucht hat. die der Bundeskanzler auf dem Parteitag Sie erinnern sich an diese Formulierung, soziale Netz als Hängematte mißbrauchen - sie abzunehmen, weil einige faule das

Sie sich das einmal aus.
passer an die Seite gestellt würde - malen
aussehen, daß jedem ein staatlicher Auf-
vorenthalten werden. Das könnte nur so
dem Staat nicht jährlich Milliardenbeträge
das Steuer-Netz so dicht zu weben, daß
Und keiner von Ihnen käme auf die Idee,

Einnahmen vorenthalten werden.
geben aufgeladen oder ob ihm unrechtmäßig
reagiert, ob ihm unrechtmäßig mehr Aus-
weil er in gleicher Weise empfindlich
vielleicht deshalb leichter als anderen,
Diese Einsicht fällt einem Finanzminister
des sozialen Netzes abbringen lassen.
von der Richtigkeit des Baus und Ausbaus
werden. Aber ich darf mich deshalb nicht
Diesen Leuten muß das Handwerk gelegt

hört es Beispiel.
Ministerialrats-Ehrenten ist ein oft ge-
entziehen. Die Umschulungskosten für die
sich mit immer neuen Tricks der Arbeit
Ich weiß, daß es Parasiten gibt, die

Und da wir hier einen offenen Dialog wollen, sei der Zusammenhang zwischen sozialem Netz und Steuer-Netz noch etwas deutlicher gemacht: gerade diejenigen, die den gelegentlichen Mißbrauch der Lohnfortzahlungsregelungen zum Anlaß nehmen, die gesamte Sozialpolitik dieser Koalitionsregierung zu verdammen, gerade die haben mächtigen Anteil an den rund 5 Milliarden Steuern, die jährlich hintergezogen werden.

(Anmerkung: 1975 betrugen die rechtskräftig festgesetzten Mehrsteuern aufgrund der Betriebsprüfung 3,9 Mrd. DM. In diesem Betrag sind nicht enthalten die Mehrsteuern aufgrund von

- Lohnsteueraußenprüfungen
- Kapitalverkehrsteuerprüfungen
- Steuerfahndungsprüfungen
- Umsatzsteuer-Sonderprüfungen
- Zollbetriebsprüfungen
- Prüfungen des Innendienstes im Finanzamt.

Zwar sind in den Mehrergebnissen auch die sogenannten Ostereier enthalten - das sind die den Prüfern von den Unternehmern gelieferten Erfolgserlebnisse in Form der eingepflanzten Aufdeckung bewußt unzureichend getarnter Steuerverkürzungen -, aber dadurch bleiben nur die größeren, raffinierteren Manipulationen unentdeckt.)

Meine Damen und Herren, ich bitte die
Tatsache, daß ich die Nichtzahlung und auch
die nicht rechtzeitige Zahlung von Steuern
in Milliardenhöhe kinnnehmen muß, nicht als
unfreiwilligen Betrag des Finanzministers
zur Mittelstandsförderung anzusehen, schon
deshalb nicht, weil auch die Schwarzarbeit
ihren Löwenanteil an der Steuerhinterziele-
rung hat.

Aber - und darum habe ich diesen Hinweis
gegeben - wer das soziale Netz in der
Bundesrepublik wegen schändlicher Miß-
bräuche ablehnt, der sollte ebenso uner-
bitlich die Steuerhinterziehung beklagen.
Und ich könnte Ihnen sogar einen Weg
zeigen, der uns erlaubt, in beiden Be-
reichen den Mißbrauch erheblich einzus-
chränken: Tausende von zusätzlichen
Bediensteten bei den Finanzämtern, den
Betriebsprüfungsstellen, den Steuerämtern
und bei den Arbeitsämtern
- aber wir sollten doch gerade die Per-
sonalkosten im öffentlichen Dienst in
Grenzen halten -

Meine Damen und Herren, ich komme auf den Ausgangspunkt unserer Betrachtung zurück: natürlich hat das soziale Netz zu einem höheren Staatsanteil geführt; das war politisch gewollt. Aber ich lasse mich auf folgende Aussage festlegen: der Staatsanteil des Jahres 1979 wird noch unter dem Wert liegen, der 1974 (43 %) bereits erreicht war.

2. Konsolidierung der öffentlichen Finanzen

Meine Damen und Herren, die Rezession hat die öffentliche Hand gezwungen,

trotz rezessionsbedingter Mindereinnahmen erhöhte Ausgaben zu leisten, um die Binnen-Nachfrage zu beleben (sprich: Konjunkturprogramme, Arbeitslosengelder, Stützungsprogramme für gefährdete Unternehmen, Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit usw.)

Beides - die Mindereinnahmen und die erhöhten Ausgaben - führen zu dem eben besprochenen erhöhten Staatsanteil, aber auch zu einem erhöhten Kreditbedarf der öffentlichen Hände - und damit komme ich zu einem zweiten Komplex, den ich umschreiben möchte:

Von der konjunkturgerechten Staatsverschuldung zur Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Es ist inzwischen einhellige Meinung, daß es richtig und notwendig war, daß sich die öffentliche Hand angesichts der weltwirtschaftlichen Gesamtentwicklung stark verschuldet hat.

1975 ist die Nettokreditaufnahme von Bund, Länder und Gemeinden mit 55 Milliarden reibungslos am Kapitalmarkt vollzogen worden.

Auch 1976 werden die öffentlichen Haushalte ihren Kreditbedarf - voraussichtlich rund 62 Milliarden DM - ohne Überforderung des volkswirtschaftlichen Leistungsvermögens am Kapitalmarkt decken können.

Aber die öffentliche Hand muß sich in dem Maße und zu dem Zeitpunkt vom Kreditmarkt zurückziehen, wie der Kreditbedarf für unternehmerische Investitionen wächst.

Und die öffentliche Hand muß darüber hinaus Disponibilität wiedergewinnen, das heißt sie muß bei einem Abflauen der Konjunktur in der Lage sein, die Binnennachfrage wieder zu beleben - durch Schuldenaufnahmen.

Lassen Sie mich Ihnen das an Hand der Zahlen für Nordrhein-Westfalen zeigen; das Prinzip gilt für alle öffentlichen Hände.

Die Defizite der Jahre 1975 ff haben folgende Ursachen :

- a) Die Finanzierung der über die Haushalte hinausgehenden Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme.

Diese Programme führen nur zu einer Verschuldung in dem Jahr, in dem das Geld dazu bereitgestellt wird.

Die Investitionszulage z. B. die im übrigen verhindert hat, daß die Investitionen der Industrie statt um 8 % um 16 % zurückgegangen wären, belastet das Land 1975 und 1976 mit rund 900 Millionen DM.

- b) Die übrigen Defizite sind von längerfristiger Wirksamkeit, d.h. sie tauchen wegen ihrer strukturellen

quote des Landes Nordrhein-Westfalen
Anders ausgedrückt: die Steuerdeckungs-

Niveau.

um 2 Milliarden DM verminderten
erwarten, sind Maßnahmen auf dem
aber die Steuermehreinnahmen, die wir
in dieser Höhe jährlich wiederholen;
den DM werden sich zwar 1976 ff nicht
Nordrhein-Westfalen. Diese 2 Milliar-
nahmen; 2 Milliarden DM 1975 in
rezessionsbedingten Steueränderun-
c) In gleicher Weise belasten uns die

Kreditsockels.

durch Akzeptierung eines höheren
oder durch zusätzliche Einnahmen oder
werden durch Verminderung von Ausgaben
reilen Defizit müssen wir fertig
folgenden Jahren. Mit diesem struktu-
Landeshaushalts, aber auch in allen
fehlen 1975 auf der Einnahmeseite des
betragen. Diese 1,8 Milliarden DM
Westfalen jährlich 1,8 Milliarden DM
Steuerreform, die in Nordrhein-
die Minderereinnahmen durch die
Ursachen alljährlich auf, wie z.B.

sank von 76 % vor der Weltwirtschaftskrise auf nunmehr 66 %.

- d) Die in den Defizitjahren aufgenommenen und aufzunehmenden Kredite belasten die Ausgabeseite der Haushalte mit wachsenden Zinsausgaben.

Da die Landesschulden bis Ende 1979 auf rund 30 Milliarden DM ansteigen, bedeuten die Zinsbelastungen eine Situationsverschlechterung des Landeshaushalts in der Größenordnung von jahresdurchschnittlich 2 bis 3 Milliarden DM.

Die Finanzplanung unseres Landes hat somit im Ausgangsjahr eine strukturelle Situationsverschlechterung von ca. 6 Milliarden DM zu verkraften, nämlich

1,8 Milliarden DM Steuerreform

2 Milliarden DM Steuerminder-
einnahmen

2 bis 3 Milliarden DM Zinslasten

Anders ausgedrückt: 1/6 des Landesetats von rund 36 Milliarden DM sind ungedeckt, wenn nicht etwas geschieht. Was zu geschehen hat, sieht in der Planung meines Ministeriums so aus:

Die Kreditaufnahmen müssen bis 1979 in etwa gleich großen Schritten vollkommen abgebaut werden

5,1 Mrd. DM	in	1975
5,0 Mrd. DM	in	1976
3,7 Mrd. DM	in	1977
3,0 Mrd. DM	in	1978
<u>1,4 Mrd. DM</u>	in	1979
(18,2 Mrd. DM)		

Ende 1979 haben wir dann 30 Milliarden DM Schulden, für die wir 2,5 Milliarden DM Zinsen zahlen müssen.

Die Zinsbelastungen werden also von knapp 1 % des Haushaltsvolumens 1974 auf etwa 4 % des Haushaltsvolumens 1979 zunehmen.

Anders ausgedrückt: Die Zinsbelastung wird in jedem Jahr ungefähr um 1 % des Haushaltsvolumens zunehmen und insoweit eine Dispositionseinengung bewirken.

Um diese Zinsen bezahlen zu können, brauche ich die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Bei den übrigen Ländern mach der zu verkraftende Schuldendienst nicht nur 1 % des Etats mehr, also rd. 5 % aus; sie unterscheiden sich von Nordrhein-Westfalen auch noch in folgenden Punkten:

a) Das Land Nordrhein-Westfalen hat von allen Ländern die niedrigsten Gesamtausgaben je Einwohner

NW (1975):	2.032 DM
Länderdurchschnitt (1975):	2.349 DM

b) Es hat die niedrigste Zahl öffentlicher Bediensteter auf je 1.000 Einwohner

NW (1974):	17
Länderdurchschnitt (1974):	22

c) Es hat die günstigste Relation
Personalausgaben / Gesamtausgaben

NW (1975):	37,9 vH
Länderdurchschnitt (1975):	42,0 vH

d) Es hat die niedrigste Pro-Kopf-Ver-
schuldung aus Kreditmarktmitteln

NW (1975):	462 DM
Länderdurchschnitt (1975):	967 DM

Diese Daten sind eindeutiger Ausdruck
einer soliden Haushaltswirtschaft in
unserem Lande.

Sie gewinnen noch an Aussagekraft, wenn
Sie bedenken, daß das Land im Rahmen des
Länderfinanzausgleichs an andere Länder
seit 1950 beinahe 11 Milliarden DM ge-
zahlt hat und für den Steinkohlenbergbau
in den letzten 10 Jahren 3,9 Milliarden DM
aufgebracht hat.

Diese Daten begründen aber auch mein Unverständnis darüber, daß andere Länder der Mehrwertsteuer-Erhöhung dennoch ablehnend gegenüberstehen; diese Länder haben sämtlich höhere pro-Kopf-Ausgaben als Nordrhein-Westfalen und eben keine höheren pro-Kopf-Einnahmen als unser Land. Finanzpolitisches Leitmotiv kann die Haushaltswirtschaft anderer Länder für Nordrhein-Westfalen jedenfalls nicht sein.

Meine konkreten finanzpolitischen Handlungsmaximen werden deshalb im mittelfristigen Zeitraum darauf ausgerichtet sein:

Die Steuerfinanzierungsquote (= Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) dem Durchschnittswert der letzten 10 bis 15 Jahre wieder anzugleichen, wobei die Ausgabenzuwachsrates auf einen Wachstumspfad von 5 bis 6 vH begrenzt bleibt.

Von 1961 bis 1974 konnte der Landeshaushalt zu 76,1 vH aus Steuereinnahmen

erreichen.
eine Größenordnung von rund 32 Milliarden
auf Steuersenkungen durch die Opposition
die von 1974 bis heute gestellten Anträge
mit in die Betrachtung einbezieht, wonach
Funcke, auf dem Steuerkongress im Mai
der Vizepräsidentin des Bundestages,
Licht, wenn man einmal die Äußerungen
steuer erscheint erst dann im rechten
Die Ablehnung der Erhöhung der Mehrwert-

~~Erhöhung wieder hergestellt wird.~~
~~mittelstige durch eine Mehrwertsteuer-~~
~~bei der öffentlichen Aufgabenerfüllung~~
~~lich, daß das Primat der Steuerfinanzierung~~
und haushaltswirtschaftlich für erforde-
Ich halte es deshalb finanzpolitisch

angehoben werden.
letzten 15 Jahre - das sind rund 75 vH -
wert wieder auf den Durchschnitt der
In den kommenden Jahren muß der Anteil-
ist diese Quote auf 65,6 vH abgesunken.
und den Konjunkturlinbruch im Jahre 1975
finanziert werden. Durch die Steuerreform

Zum anderen war es interessant zu hören, daß der hessische Ministerpräsident im Bundesrat an die Adresse der Landesregierung von Rheinland-Pfalz sagen konnte, sie sei bei der Verschuldung an einer äußersten Grenze angelangt; der Rechnungshof des Landes habe ein entsprechendes Monitum bereits ausgesprochen.

Der Opposition hätte ich das Referat von Herrn Nixdorf (dem Computer-Nixdorf) vor dem Gesamtbeirat der WestLB gewünscht. Herr Nixdorf hat sich dort uneingeschränkt für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgesprochen; denn nur so könnten nach seiner Meinung die öffentlichen Haushalte konsolidiert und für antizyklische Aufgaben wieder aufgeladen werden.

In der gleichen Veranstaltung habe ich über den möglichen Konsolidierungsbeitrag der Ausgabenseite referiert. Ich will das hier in der gebotenen Kürze wiederholen und vorwegnehmen:

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist allein über die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte nicht möglich.

Der Konsolidierungsbeitrag der
Ausgabenseite:

Wie ungemein schwierig das Ziel einer
Ausgabenzuwachsrates von 5 % - wie wir
sie uns für die nächsten Jahre vorge-
nommen und für 1976 bereits realisiert
haben - ist, erhellt zunächst schon
daraus, daß es sich dabei um die Absen-
kung auf ein Drittel der gewohnten Zu-
wachsrate handelt. Dies erfordert einen
drastischen Umlernprozeß bei allen am
Haushalt Handelnden und Interessierten.

5 % Zuwachsrate im Gesamthaushalt, das
bedeutet bei 5 % Preissteigerungen den
Schein des realen Leistungsstandes, das
bedeutet zugleich für breite Aufgabenbe-
reiche tief eingreifende Minusraten; denn
ein zu großer Teil der Landesausgaben ist
mit eigengesetzlicher Dynamik ausge-
stattet.

9/10 aller Landesausgaben sind festgelegt
und wachsen mindestens linear mit den
Preisen.

Bei den Personalausgaben wird nur in Ausnahmestrukturen die lineare Begrenzung auf die Real-lohnstabilisierung in den Tarifverhandlungen zu erreichen sein. Mittelverursachungsprozesse durch sozial-motivierte Sockelbeträge und darauf mit Regelmäßigkeit folgende strukturelle Entzerrungsansprüche (Zieleffekte) laufen tendenziell auf eine Personalkostenentwicklung hinaus,

kennzeichnen:

Die Steigerungsraten für diese vier Bereiche sind tendenziell - ohne Aufgaben und Strukturveränderungen wie folgt zu

38 % Etatanteil	Personalausgaben mit
25 % Etatanteil	Kommunale Finanzausgleichleistungen mit
7 % Etatanteil	Gesetzliche Geldleistungen mit
4 % Etatanteil	Kreditlinien mit

3/4 aller Landesausgaben weiten sich mit eigenständlicher Dynamik stärker aus, als die Preissteigerungsraten, nämlich die

die auch bei gleichbleibendem Personalbestand oberhalb von 5 % liegen muß.

Der kommunale Finanzausgleich ist in seinem System nicht an dem Ausgabegerahmen des Landes orientiert, sondern an den nominellen Steuereinnahmen, tendiert also zu 10 %.

Bei den Geldleistungsgesetzen (BAFÖG, Wohngeld, Bausparförderung) bewirken Fallzahlhäufung und Nominalentwicklung ebenfalls eine Steigerungstendenz, die um 10 % liegt.

Die Zinsen entwickeln sich entsprechend der dargestellten Kreditaufnahmen.

Abgesehen von den Geldleistungsgesetzen, deren Korrektur mit dem Haushaltsstrukturgesetz angefaßt wurde, handelt es sich nicht nur um rechtlich und politisch fixierte Tatbestände, ja, im Personalbereich und beim kommunalen Finanzausgleich werden sogar noch Aufgabendefizite dargestellt.

Die Personalkosten:

Ein bevorzugter Gegenstand von Sparvorschlägen sind die Personalkosten. Befugte Kritik an der Höhe der Personalkosten setzt aber für den Landesbereich einige Kenntnisse voraus.

Von den rund 300.000 Vollbeschäftigten im Landesdienst (die 30.000 Teilzeitbeschäftigten mögen einmal außer Betracht bleiben) sind

170.000 im Schul- und Hochschulbereich	=	58 %
77.000 im Polizei- und Justizbereich	=	25 %
28.000 in der Finanz- verwaltung	=	<u>9 %</u>
		92 %

Die großen Personalvermehrungen, besonders im Schul- und Hochschulbereich, haben eine herausragende Leistungsverbesserung in den letzten Jahren bewirkt. Für Polizei, Justiz und Finanzverwaltung kann dies kaum geltend gemacht werden. Im ganzen gibt es

in Teilbereichen noch nach allgemeinem und unbestreitbarem Urteil spürbare Leistungsdefizite signalisiert durch

- numerus clausus
- Unterrichtsausfall an Schulen und Berufsschulen
- Verbrechensbekämpfung
- Prozeßdauer
- Steuerrückstände.

Der detaillierten Auseinandersetzung darüber, ob trotz der großen finanziellen Dauerbelastung nicht noch in engeren Bereichen Personalverstärkungen möglich gemacht werden müssen, könnte ich mich nur entziehen, wenn die Finanzpolitik die einzige Bestimmungsgröße der Landespolitik wäre.

Und wenn ich mit großer Genugtuung vermerke, daß der Anteil der Personalkosten an den Haushaltsausgaben in unserem Lande mit 38 % um rund 4 %-Punkte unter denen der anderen Bundesländer liegt, verfertige ich zugleich das Gegenargument der personellen Unterausstattung.

Die Anpassung an die Personalausstattung des Durchschnitts der Bundesländer würde den Personalbestand des Landes Nordrhein-Westfalen von 330.000 um 35.000 auf 365.000 bedeuten und gewiß alle berechtigten Wünsche der Ressorts decken, aber auch den Landeshaushalt mit ca. 1 1/2 Milliarden DM Mehrkosten in jedem Jahre belasten.

In zähen Verhandlungen mit den Ressorts werden in diesen Wochen die Personalansprüche hart umkämpft. Mit Sicherheit wird erreicht, daß wir weit unter dem Länderdurchschnitt bleiben.

Die so publikumswirksame Forderung nach weniger Personalausgaben kann sich also nicht auf die hier dargestellten - mehr als 90 % ausmachenden - Aufgabengebiete erstrecken, sondern nur auf die restlichen 8 %, nämlich

1,7 % in den Landeszentralbehörden

3,3 % in den Landesmittel- und
unterbehörden

1,7 % in der Sozialverwaltung

1,3 % in Energie-, Wasser- und
Forstwirtschaft.

Im Landtag arbeitet seit Jahren ein Allparteien-Arbeitskreis an der Personalkontrolle. Die dort tätigen Abgeordneten haben Erfolge zu verzeichnen, aber für publikumswirksame abstrakte Sparappelle wenig Verständnis.

Ich kann Ihnen versprechen, daß die Landesregierung mit Erfolg bemüht bleibt, den Anteil der Personalkosten am Gesamtetat auf den relativ günstigsten Stand zu halten.

VII. Wirtschaftsförderung

Über die öffentlichen Haushalte

Meine Damen und Herren,
das Engagement der öffentlichen Haushalte, insbesondere von Bund und Ländern, für die Förderung der Wirtschaft, insbesondere die Strukturförderung der Wirtschaft, ist außerordentlich.

Ich muß mich hier darauf beschränken, einige Striche zu ziehen, einige Hinweise zu geben.

Interessierte verweise ich auf den Bericht der Bundesregierung über Lage und Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen (Mittelstandsbericht) vom 21. Mai 1976 (BT-Drucksache 7/5248), der am 4. Juni 1976 im Bundestag diskutiert wurde; er demonstriert die ganze Breite der Beziehungen zwischen Wirtschaft und öffentlichen Haushalten.

VIII. Die Mittelstandspolitik
der Koalition

Ich erwähne hier nur die Punkte, in denen ich eine besonders augenfällige Qualität der Wirtschaftspolitik dieser Koalitionsregierung sehe. Das ist z. B.

1. Die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige

Meine Damen und Herren,
ich halte diese Reform für eine sozialpolitische Großtat. Ich betone das besonders, weil Sie junge Unternehmer sind, die sich mit Altersversicherung noch nicht so intensiv befaßt haben wie Ihre Väter.

Ich erinnere mich an die Argumente in früheren Diskussionen noch sehr gut:

Lebensversicherungen müßten den Selbständigen das Risiko im Alter abnehmen - aber die gingen in der Weimarer Republik und ein zweites Mal 1945 zu Bruch.

Auch der Hinweis auf den Arbeitnehmer, der durch die Rentenversicherung seine Altersversorgung gesichert sah, war ein oft gehörtes Argument.

Ich kann Ihnen heute auch belegen, welche enorme Bedeutung die geschaffene Möglichkeit für die Selbständigen gehabt hat, die heute ihre Altersversicherung weitgehend vom Unternehmerrisiko trennen können. Als Beleg ein paar Zahlen:

- Wir haben insgesamt

1,9 Millionen Selbständige

(ohne Land- und Forstwirtschaft);

- davon sind gut 500.000 Handwerker, für die eine Beitragspflicht in der Arbeiterrentenversicherung besteht;

- verbleiben also rund

1,4 Millionen Selbständige, die
sich in der BfA versichern können;

- in der BfA sind bis Ende 1975 ins-
gesamt 1,5 Millionen Anträge
eingegangen, und zwar

92.000 Selbständige haben von der
Möglichkeit der Pflichtversicherung
auf Antrag bis Ende 1975 Gebrauch
gemacht.

666.000 haben die Regelung über
Nachentrichtung von Beiträgen bis
1956 zurück in Anspruch genommen
und auf diese Weise Rentenanwart-
schaften neu begründet oder ausge-
baut.

700.000 Anträge auf Nachentrichtung
sind kurz vor Ende der Antrags-
frist am 31. Dezember 1975 bei der
Bundesversicherungsanstalt für
Angestellte eingegangen.

Ich erwähnte zweitens die Verbesserung
der Konkurrenzsituation kleiner und
mittlerer Unternehmen durch die
Kartellgesetznovelle von 1973.

2. Kartellgesetznovelle 1973

Die Zahlen beweisen, wie groß das
Bedürfnis bei den bisher nicht zur Frei-
willigen Versicherung Berechtigten war,
ihre Alters- und Invaliditätsversicherung
in der gesetzlichen Rentenversicherung
zu begründen oder auszubauen.

(Selbst wenn man unterstellt, daß
sich unter den Antragstellern ein
erheblicher Teil Nichtselbständiger
befindet, dürfte aus diesen Zahlen
gleichwohl gefolgert werden, daß
die Selbständigen vom Angebot, in
die gesetzliche Rentenversicherung
einzutreten, größtenteils Gebrauch
gemacht haben.)

Das war eine für die Weiterentwicklung der Marktwirtschaft in der Bundesrepublik weichenstellende und grundlegende Entscheidung.

Nach etwa drei Legislaturperioden fruchtlosen Streitens ist es der sozialliberalen Koalition 1973 schließlich gelungen, mit der Kartellgesetznovelle das Wettbewerbsrecht weiterzuentwickeln.

Zur Sicherung und zum Ausbau der marktwirtschaftlichen Ordnung unter besonderer Berücksichtigung der Belange kleiner und mittlerer Unternehmen sind in der Kartellgesetznovelle geregelt:

- Kooperationserleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen;
- Bessere Kontrolle über sogenannte Ausschließlichkeitsverträge (die einseitige Bindung kleiner Unternehmen an Großunternehmen durch "Knebelungsverträge" kann verboten werden).

- Verschärfung des Diskriminierungsverbots (hierdurch werden machtmäßige Ungleichgewichte zwischen Lieferanten und Abnehmern in ihren Lieferbeziehungen abgebaut).
- Einführung einer präventiven Fusionskontrolle.
- Verbot aufeinander abgestimmter Verhaltensweisen.
- Bessere Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen.

Die drei letztgenannten Maßnahmen sollen den Konzentrationsdtendenzen entgegenwirken und dienen damit der Existenzsicherung kleiner und mittlerer Betriebe.

- Aufhebung der Preisbindung der 2. Hand.
- Verschärfung der Mißbrauchsaufsicht über Preisempfehlungen.

Die beiden letztgenannten Maßnahmen dienen der Inflationsbekämpfung.

Von der Inflation wird auch und

gerade die mittelständische Wirt-

schaft in ihrer Wettbewerbsposition

gegenüber den Großen geschwächt.

Der Einbruch bei Preisbindungen

und überhöhten Preissenspiehlungen

erfolgte regelmäßig nicht über die

Kaufhäuser; diese nutzten vielmehr

die Differenzialgewinne für Erweit-

terungsinvestitionen und senkten die

Preise erst als Reaktion auf das

Auftreten von Außenseilern.

3. Steuerliche Mittelstufen für den

Mittelstand

Aus der umfangreichen Steuergesetzge-

bungsaktivität nur einen Hinweis auf

die Änderung der Gewerbesteuer ab

1. Januar 1975.

Diese Reform der Gewerbesteuer gehörte

Inhaltsgemäß eher in den Abschnitt

"Förderung des Wettbewerbs durch

Entlastung der kleinen und mittleren

Personenunternehmen".

Einem Finanzminister bleiben natürlich die dadurch entstandenen Steuerausfälle am ehesten in Erinnerung:

785 Mio DM für 1975, bezogen auf das Bundesgebiet.

Entstanden ist dieser Steuerausfall durch eine Erhöhung des Gewerbesteuerfreibetrages von 7.200 auf 15.000 DM und durch eine sanftere Staffelung oberhalb des Betrages von 15.000 DM. Würde die Steuermeßzahl von 5 % früher bei 16.000 DM Gewinn erreicht, so liegt diese Grenze heute bei 29.400 DM. Das Ergebnis dieser Reform ist beachtlich: von den 1,5 Millionen Unternehmen zahlen ab 1. Januar 1975 nur noch die Hälfte Gewerbesteuer.

Immer wieder wird insbesondere von der mittelständischen Wirtschaft die ersatzlose Streichung der Gewerbesteuer gefordert. Ich halte das unter Wettbewerbsgesichtspunkten für einen großen Fehler.

Nach vorliegenden Berechnungen würde das gerade den kleineren und mittleren Betrieben schaden, den großen aber neue Wettbewerbsvorteile bringen. Denn: 25 % der gewerbsteuerpflichtigen Unternehmen waren am 31. Dezember 1974 durch die Gewerbesteuer überhaupt nicht belastet. Weitere 50 % hatten nur eine Gewerbesteuerbelastung von 7 %. Der Wegfall der Gewerbesteuer würde somit für 75 % der Unternehmen überhaupt keine oder nur unbedeutende Erleichterungen bringen.

Jene 0,3 % der Großunternehmen, die mit 45 % den Löwenanteil in den Gewerbesteuertopf einzahlen, würden aber eine kräftige Entlastung spüren. Sie können auf Kosten der Klein- und Mittelbetriebe ihre Marktstellung festigen und ausweiten.

Ich meine, daß sei nicht nur ein
Trostpflaster für das Beibehalten
der Gewerbesteuer, sondern aus
mittelständischer Sicht ein Grund für
das grundsätzliche Beibehalten der
Gewerbesteuer - weiteren Änderungen
zugunsten des Mittelstandes sind
natürlich aus Ihrer Sicht keine
Grenzen gesetzt - wohl aber aus der
Sicht der Staats- und Stadtkämmerer.

Über die Einführung des Verlust-
rücktrags bei der Einkommen- und
Körperschaftsteuer - dem sogenannten
carry back - ist in letzter Zeit
so viel geschrieben worden, daß ich
mir darüber Einzelheiten ersparen
kann. Die Begrenzung des Verlustrück-
trags auf 5 Millionen zeigt wiederum
den Versuch einer *Bevorzugung des*
Mittelstandes.

Die am 1. Januar 1977 wirksam werdende
Körperschaftsteuerreform scheint in der
Wirtschaft ausnahmslos auf Zustimmung
gestoßen zu sein.

Auch dieses Kapitel will ich hier
vernachlässigen.

4. Berufsbildungsgesetz

Das von Minister Helmut Rohde vor einem Jahr präsentierte Berufsbildungsgesetz sieht in seinem Kern einen Finanzausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben vor.

Die Bundesregierung will immer dann mit finanziellen Hilfen ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen sichern, wenn sie feststellt, daß die angebotenen Ausbildungsplätze die Zahl der gewünschten Lehrstellen bundesweit um weniger als 12,5 Prozent übersteigen.

Zuschüsse sollen diejenigen Betriebe erhalten, die mehr Lehrlinge als im Durchschnitt der letzten drei Jahre einstellen, sowie Betriebe, die bisher nicht ausgebildet haben und neue Ausbildungsplätze schaffen.

Dafür werden alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber mit 0,25 Prozent

ihrer Bruttolohn- und -gehaltssumme (Freigrenze 400.000 DM im Jahr) zur Kasse gebeten. Diese Finanzierungsumlage ist eine ausgesprochene mittelstandsfreundliche Einrichtung.

Ich will das an Beispielen deutlich machen; diese Beispiele sind von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Engholm am 3. Juni 1976 auch im Bundestag vorgelesen worden (ohne Korrektur durch die Opposition).

Fall 1:

Alle Betriebe in der Bundesrepublik mit weniger als 20 Beschäftigten zahlen keinen Pfennig an diesen Fonds, weil sie unterhalb der Freigrenze von 400.000 DM liegen. Gleichwohl - in diesem Bereich wird sehr intensiv ausgebildet - können sie Mittel aus dieser Umlage bekommen. Das heißt, der Kleinbetrieb kann von diesem Fonds nur profitieren.

gelten für 90 % aller Handwerks- und
Diese Beispiele, meine Damen und Herren,

mittelstandstreundlich.

Bildungslasten erhält. Das ist
wenigstens 5.000 DM für seine Aus-
durchschnittlichen Größenordnung von
Mittel je Ausbildungsplatz in einer
dazu, daß der 50-Mann-Betrieb bare
oder vier Ausbildungsplätze - führt
Ausbildungsplatz - also zwei, drei
Ausbildungsplatz hinausgehende
nichts zahlen muß. Jeder über einen
bildenden hat, heißt das, daß er
trieben ist, auch nur einen Auszu-
bei den mittleren und kleineren Be-
Wenn dieser Betrieb, was die Regel

Gehaltssumme - abführen.

- das sind 0,15 % seiner Lohn- und
ausbildet, müßte dann 1.500 DM jährlich
ein 50-Mann-Unternehmen, das nicht
steuerung durch den Fonds. Das heißt,
so unterliegen 600.000 DM der Be-
1 Million DM Lohn- und Gehaltssumme,
nung von 50 Beschäftigten mit etwa
Ein Mittelbetrieb in der Größenord-

Fall 2:

Handelsbetriebe und gelten nahezu für alle Freiberufler in der Bundesrepublik.

Fall 3:

Nehmen wir einen Großbetrieb mit 296.000 Beschäftigten und durchschnittlich 11.400 Auszubildenden. Er hat eine Lohn- und Gehaltssumme von - über den Daumen gerechnet - 5 Milliarden DM im letzten Jahr gehabt. Nach Abzug der Steuerentlastung müßte dieser Großbetrieb etwa 5,2 Millionen DM an den Berufsbildungsfonds zahlen.

Besetzt er, wie er das im Durchschnitt der letzten Jahre üblicherweise immer getan hat, jedes Jahr ein Drittel seiner Ausbildungsplätze neu, dann heißt das, daß er im kommenden Jahr 3.800 Ausbildungsplätze wieder besetzen wird. Für diese Wiederbesetzung der 3.800 Plätze erhält er 3.800mal - ich nehme einen Durchschnittswert - 1.500 oder 1.600 DM, also zusammen rund 5,8 Millionen DM.

Auch bei einem hochqualifiziert ausbildenden Großbetrieb bleibt also ein Nettogewinn aus dem Fonds von 600.000 DM. Dabei ist diese Rechnung niedrig angesetzt, weil wir annehmen dürfen, daß der gewerbliche Großbetrieb überwiegend kostenintensive gewerbliche Ausbildungsgänge durchführt und insofern sehr viel mehr Geld aus dem Fonds bekommen kann, als diese Durchschnittswerte darstellen.

Mit anderen Worten: Wer in unserem Lande in der Vergangenheit ausgebildet und diese Ausbildung nicht herabgesetzt hat, wird durch den Fonds begünstigt werden.

Aber diejenigen, die sich in der Vergangenheit als Trittbrettfahrer betätigt haben, das heißt, die nie ausgebildet, aber die Ausgebildeten vor den Betriebstoren derer weggekauft haben, die die ganze Last der

Ausbildung getragen haben, diese Trittbrettfahrer werden mit diesem Fonds zur Kasse gebeten.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß die CDU/CSU das Gesetz im Bundesrat zu Fall gebracht haben.

Sie sollten auch wissen, daß auf dem CDU-Parteitag in Hannover ein Papier des Landesverbandes Rheinland der Jungen Arbeitnehmerschaft Deutschlands durch Sprecher der CDU-Sozialausschüsse verteilt wurden, in dem es heißt, es sei "unerträglich und unzumutbar", für eine Mehrheit zu kämpfen, wenn ein derart wichtiges Gesetz wie die von der SPD/FDP-Koalition angestrebte Reform der Berufsbildung "ohne glaubwürdige Alternative" abgelehnt werde. Die Junge Arbeitnehmerschaft habe "kein Verständnis dafür, daß die längst überfällige Reform der beruflichen Bildung aufgehalten wird", hieß es in der Stellungnahme.

(So nachzulesen in der FAZ vom 25. Mai 1976)

Ich bin eben derselben Ansicht.
Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben wiederholt die Betriebe aufgefordert, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, nicht zuletzt aus eigenem Interesse.
"Wir brauchen in den achtziger Jahren, wenn der Facharbeiternachwuchs abnimmt, selbst wieder eine ausreichende Zahl von Fachkräften", mahnte Hans Martin Schleyer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, noch Anfang April in Bonn.

"Deshalb müssen wir mit der betrieblichen Ausbildung "vorhalten", also mehr ausbilden, als wir morgen an Facharbeitern benötigen." Die dabei auftretenden Probleme könnten allerdings von den Betrieben nicht allein gelöst werden."

Und ich sage Ihnen dazu, wenn die Marktwirtschaft mit dem Problem der

Lehrlingsausbildung, ebenso übrigens mit den Umweltschutzproblemen nicht fertig wird, ohne daß Vater Staat wieder eingreift (und sich durch Erhöhung des Staatsanteils und durch weitere Kreditaufnahme oder durch Steuererhöhungen wieder die Kritik der nach dem Staat Rufenden zuzieht) - dann hat sie die wesentlichen Aufgaben versäumt, dann hat sie versagt.

Meine Damen und Herren, unsere
Wirtschaftsordnung - die soziale
Marktwirtschaft - hat viele Mängel.
Wer will das bestreiten. Wir werden
Sie insbesondere dort weiterent-
wickeln müssen, wo sie an ihre
Grenzen stößt.

"Marktwirtschaft kann keine Schön-

wetterveranstaltung sein!" lautet

die Formulierung von Bundespräsident

Scheel. Es wird jedoch immer häufiger

nach dem Staat, sprich Steuerzahler,

gerufen, der eine Pleite aufzufangen

soll - und der Staat tritt immer

häufiger an, weil er nicht einfach

zusehen kann, wenn die Wirtschafts-

struktur eines Gebietes existenztellen

Schaden nimmt, weil zahlreiche Ar-

betsplätze einschließlich der even-

tuellen Sekundärbereiche sterben

- nachdem ein Unternehmer schwerle-

gende Fehler gemacht hat. (Anker-

Werke, Landmaschinenhersteller Glas,

Ruhrkohle AG)

In solchen Fällen wird im übrigen jede Auflage, jede Bedingung - kurzum jede Lenkungsmaßnahme des Staates akzeptiert - wenn nur der Griff in den Staatssäckel tief genug sein darf.

"Wer sich aber den Staat in schlechteren Zeiten ins Boot holt, wird ihn in guten Zeiten kaum mehr vom Steuer verdrängen können" - um noch einmal unseren Bundespräsidenten Scheel zu zitieren.

Hier, meine Damen und Herren, zeigen sich weitere Grenzen der Marktwirtschaft. Eingriffe in diese Marktwirtschaft können nur durch eine Unternehmerleistung abgewehrt werden, die am Gesamtinteresse der Gesellschaft orientiert ist.

Der Lohn ist eben nicht nur Kostenfaktor, sondern auch eine Nachfragegröße, insbesondere aber Lebenserwerb

von Menschen. Und ebenso gibt es ohne Gewinnchance keine marktwirtschaftliche Ordnung und der Gewinn ist ganz offensichtlich auch Voraussetzung für Investitionen, die Arbeitsplätze sichern. "Gewinn ist gut, aber nicht alles" - hat H.J. Abs richtig gesagt.

Ebensowenig sind Unternehmer rigorose Herren, deren Seele das Portemonnaie ist, und die, wenn sie nicht gerade Menschen schikanieren, Gewinne ins Ausland transferieren, wo sie sich ihre Villen zugelegt haben.

Und Gewerkschaftsvertreter sind auch keine verkappten Kommunisten, die von einer funktionärsbeherrschten Wirtschaft träumen.

Diese unsere freie Marktwirtschaft entspricht der Natur des Menschen: ihrem Egoismus; ihrem Drang, Erfolg zu haben und anerkannt zu werden; ihrem Wunsch, im Wettbewerb zu gewinnen und Widerstand zu überwinden - daß dabei das Wohl des Ganzen nicht Schaden nimmt, daß diese Marktwirtschaft das notwendige Attribut

"sozial" verdient fordert den Einsatz
von uns allen.

Meine Damen und Herren, daß ich
diese Gedanken hier heute äußern
durfte in der Gewisheit, daß ich
damit zugleich Vertretern der jungen
deutschen Unternehmerschaft eine
Anerkennung zolle, dafür danke ich.

X. Der Mut des Bundeskanzlers

Und da ich als Sozialdemokrat zu Ihnen gekommen bin, werden Sie mir einen parteipolitischen Schlußappell zugestehen:

Sie sollten als junge Unternehmer dem Mut des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Ihren Respekt nicht versagen, der mit folgenden Vorgaben einen Wahlkampf bestreitet:

1. Festhalten an der Notwendigkeit der Mehrwertsteuer-Erhöhung um 2 % in 1977.
2. Erwartete Zunahme der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit um 12 - 14 %.
3. Erwartete Zunahme der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 6,5 - 7,5 %.
4. Reform der Körperschaftsteuer ab 1. Januar 1977 (sogenanntes Anrechnungsverfahren).

5. Einführung des carry back, des
Verlustrücktrags.

Und das

obwohl die Pro-Kopf-Lohnquote von
1974 unter der von 1950 liegt,

obwohl keine Garantie besteht, daß die
steigenden Gewinne auch zu
Investitionsvorhaben verwendet
werden und damit Arbeitsplätze
schaffen,

obwohl die ersten Anzeichen dagegen
sprechen, daß die Preispolitik
der Unternehmer sich adäquat
zur Lohnpolitik unserer Gewerk-
schaften verhält.

(Ich darf, was die Lohn-Preis-Politik
angeht, an die Jahre 1973/74 erinnern.
Im Jahre 1973 waren sich Politik,
Wirtschaft und Gewerkschaft darin
einig, daß mit allen Mitteln die In-
flation eingedämmt werden mußte. Die
Lohnabschlüsse lagen im Jahre 1973 mit
8 bis 9 % in der Volkswirtschaft und

preispolitisch vertretbaren Höhe.

Von den Unternehmern war auch damals erwartet worden, daß sie sich in ihrer Preispolitik entsprechend verhalten. Als dies nicht geschah, die Unternehmer vielmehr statt auf Preisstabilität auf erhöhten Gewinn ausgingen, traten die bekannten Folgen ein: an den Gewerkschaften vorbei wurden innerbetriebliche Zuschläge gezahlt, teilweise kam es zu wilden Streiks. Die Solidarität der Gewerkschaften wurde so von den Unternehmern auf eine harte Probe gestellt.

Das war die Stimmungslage, auf der die Gewerkschaften die Tarifverhandlungen des Jahres 1974 zu führen hatten - die zu den unerträglich hohen Tarifabschlüssen in 1974 geführt haben, insbesondere im öffentlichen Dienst.

Ich wollte das nur einmal in Erinnerung rufen, um allzu einseitigen Betrachtungen entgegenzutreten.)